

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.



HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH

Schriftleitung und Verlag: München, Hofstatt 5, 2. Stock
Postcheckkonto München Nr. 2426 / Telefon 93378/93379

Einzelverkauf: 20 Pf., 30 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen

Bezugspreis monatl. 90 Pf. einschl. Zustellgeb. durch Agentur,
durch die Post 96 Pf. Kostenl. Unfall- u. Sterbegeldversicherung

Nummer 37

München, den 11. September 1932

L. Sabergaus

Zentrum und Bayer. Volkspartei vor dem Abgrund

„Wir lehnen Leute ab,
die Mordmörder als Kameraden bezeichnen“ (S. S. 2)

Wir bekennen:

Zu Beginn unseres heutigen Leitartikels müssen wir an das Wort erinnern: „Was hülfes dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, an seiner Seele aber Schaden nähme.“

„Der gerade Weg“ befindet sich zur Zeit in einer Entscheidungsstunde seines Daseins. Er hat, wie unsere Leser wissen, es sich zur Aufgabe gemacht, ohne jede Bindung nach irgendeiner politischen Seite das zu sagen, was er gemäß der katholischen Glaubens- und Staatslehre für richtig hält. Wir betonen ausdrücklich: Eine menschliche Unfehlbarkeit unseres Urteils nehmen wir selbstverständlich nicht für uns in Anspruch. Wir selbst unterwerfen uns den göttlichen Geboten und den Lehren, wie sie uns im Religionsunterricht zuteil geworden bzw. in den Werken der großen Lehrmeister der katholischen Rechts- und Staatsphilosophie enthalten sind.

Unsere Ueberzeugung zwang uns bereits wiederholt, an jener Politik Kritik zu üben, wie sie im Laufe der letzten Zeit von katholischen Staatsmännern und Führern katholischer politischer Parteien betätigt worden ist. Wir haben das

nie gern getan. Um so größer war unsere Freude, als nach dem Sturz des Kabinetts Brüning eine Zeit eintrat, in der wir mit Zustimmung die Politik der katholischen Parteiführungen verteidigen zu können glaubten. Gerade wir sprachen von der Möglichkeit einer inneren Wendung in der politischen Auffassung Dr. Brüning's, die ihn zu einem richtigen Führer des gesamten deutschen Volkes machen könnte. Ja, wir gingen sogar soweit, an ihn die Aufforderung zu richten, in dem Wahlkampf um die letzte Reichstagswahl die Führung eines Blocks aller rechtlich und verfassungstreu denkenden Deutschen zu übernehmen.

Denn wir waren und sind der Ueberzeugung, daß die Bildung eines solchen Wahlblocks, der nicht nur die Anhänger der katholischen Parteien umfassen sollte, eine solche Werbekraft in unserem Volke bei richtiger Agitation ausüben werde, daß sich für ihn die Mehrheit der Stimmen gewinnen ließe. Dann wäre eine wirklich regierungsfähige — und zwar unter wirklich strenger Einhaltung der Verfassung regierungsfähige — und damit auch aufbauende Reichstagsmehrheit gewonnen worden, die auch die Regierung selbst hätte stellen können.

„Deutschland so oder so?“

Wie kamen wir zu dieser Auffassung? Wir glaubten überall außerhalb und innerhalb des katholischen Volksteils Deutschland einen Willen zu einer unbedingt grundsätzlichen Politik feststellen zu können. Der Widerwille gegen taktische Kompromisse und „praktisch politische“ Zurückstellung der Grundsätze hinter Parteimachtfragen schien uns gewaltig angewachsen. Wir wollen unseren Lesern aber nicht unsere eigene Meinung aufdrängen. Deswegen verweisen wir auf Feststellungen, die der amerikanische Journalist Knickerbocker im letzten Winter in Deutschland gemacht und in seinem Buche „Deutschland so oder so“ niedergelegt hat.

Wir wollen von den Beispielen, die Knickerbocker bringt nur jenes Falkenstein in der Sächsischen Schweiz näher besprechen, in dem Marx Holz im Jahre 1920 während des Kapp-Zugzuges die rote Republik ausrief und in dem die Arbeiterpartei sich mit der roten Fahne in der einen Hand, mit der Brandsichel in der anderen dadurch einführte, daß sie die Willen der Reichsregierung, Knickerbocker berichtet nun von seinen Erlebnissen dort folgendermaßen:

„Im Jahre 1932 hat die Bevölkerung hier in der einen Hand die Bibel und in der anderen den Arbeitslosenausweis. Die meisten der wieder aufgebauten Villen stehen zum Verkauf. Einige von ihnen besitzen jetzt von öffentlichen Almosen. Die Hälfte der Spitzen- und Textilfabriken ist geschlossen. Die andere Hälfte arbeitet nur an drei Tagen in der Woche. Von den 15 000 Einwohnern sind 7500 arbeitslos oder von Arbeitslosen abhängig und leben auf Gemeindelosten. Von der anderen Hälfte der Bevölkerung sind 2500 noch beschäftigt und leben mit ihren Familien von einem Wocheneinkommen, das im Durchschnitt 2 bis 4 Mark über der Unterfügung liegt.“

Marx Holz ist nicht vergessen, doch seine früheren Genossen schicken jetzt ihre Kinder in die Sonntagschule.

Im trüben Licht des Sonntagmorgens bewegten sich Reihen grauer Gestalten durch die Straßen. Sie marschierten zu dem Bethaus der Bethlehems-Gemeinde, zur „Evangelischen Bibelgemeinschaft“, zur „Unverfälschten Augsburgischen Gemeinde“, zu den „Neuen Aposteln“, den „Adventisten“, zur „Landes-Kirchengemeinschaft“, zu den „Bibelforschern“, den „Evangelischen Bibelgläubigen“, zu der regulären lutherischen Kirche und zu den Methodisten. Wir schlossen uns den Methodisten an, die auf dem Weg zur „Bionstirke“ waren.

Fünfhundert lauschten den Worten des Predigers. Um elf Uhr begann die Sonntagschule, und die Kirche füllte sich mit fünfhundert Kindern. Sie waren nicht in Lumpen gekleidet, sie sahen gut aus. Von außen merkt man Falkenstein kein Elend überhaupt nicht an. Die Straßen sind sauber. Die Arbeitslosen achten auf

nettes Aussehen, wenn sie aus dem Haus gehen. Kein Volk der Welt legt mehr Gewicht auf „Fassade“ als die Deutschen.

Ein Mitglied der Falkensteiner „Freidenkergesellschaft“, einer Organisation entschlossener, bewährter „Gottloser“, erzählte mir in bedauerndem Ton, daß die Gesellschaft im Jahre 1928 noch zweihundert Mitglieder gezählt habe, daß von diesen Getreuen aber in den letzten vier Jahren der Wirtschaftsnöte fünfzig den Lehren der Religion nachgegeben hätten. Dieser erste Stepler räumte ein, daß eine verzweifelte wirtschaftliche Notlage bisweilen auch andere Folgen als eine Revolution haben könne.“

Aus der Hundert Meter entfernten lutherischen „Heiligen Kreuzkirche“ war Musik zu hören. Wir sahen hinein. Nicht weniger als tausend Kinder zwischen sechs und vierzehn Jahren waren dort versammelt. . . .

„Wir haben ein außerordentliches Wiederbeleben des allgemeinen Interesses für die Kirche zu verzeichnen“, erzählte mir der Pastor. „Das Elend dieser Gemeinde läßt sich gar nicht schildern, es ist ärger, als ich jemals für möglich gehalten hätte. Gleichzeitig muß ich konstatieren, daß ich noch niemals eine derartige Teilnahme an unseren Gottesdiensten erlebt habe, und die Zusammenkünfte sind mir auch durchaus nicht unklar. Vor einer Woche hatten wir eine Sonderandacht, und für die zweitausendzweihundert Menschen, die kamen, mußten wir den größten Saal der Stadt mieten. In unserer Sonntagschule haben wir eine reguläre Mindestteilnahme von tausend Kindern.“

Als Pastor der offiziellen lutherischen Kirche war er genau über die Religionsverhältnisse in der Stadt orientiert. Von den 15 000 Einwohnern sind seiner Aussage nach 13 000 Anhänger der lutherischen Kirche. Es bleiben also 2000 über, und wenn die Schätzung des Pastors, daß die anderen Sekten und Bekenntnisse 1500 Seelen zählen, richtig ist, kann es nicht viele Kommunisten, erklärte Kirchenfremde, geben. Bedenkt man, daß in Deutschland nur diejenigen, die formell ihren Austritt aus der Kirche erklären, nicht zur Zahlung von Kirchensteuern gezwungen sind, so kann man die Bedeutung dieser Zahlen ermessen: in Falkenstein, wo bei der letzten Wahl nahezu 4000 kommunistische Stimmen verzeichnet wurden, haben nur sehr wenige Kommunisten formell ihren Austritt aus der Kirche erklärt. . . .

Knickerbocker leitet diesen Absatz „Falkenstein“ seines Buches mit den Worten ein: „Gebete steigen aus dem Hinterzimmer der Textilfabrik auf. Es ist Mittag, die Arbeiter beten um Hilfe. . . . Von den Befehlen an zehn, zwölf verschiedenen Enden Falkensteins steigen Gebete auf. Es ist Abend, die Arbeitslosen des „roten“ Falkensteins liegen auf den Knien. Das „rote“ Falkenstein hat Marx verlassen und sich Gott zugewandt.“

Die Lehren aus Falkenstein

Das für uns Wesentliche an dieser Schilderung, die wir nicht ohne Grund ausführlicher wiedergeben, ist die Tatsache, daß eine früher überwiegend kommunistische Gemeinde heute lebendiges religiöses Leben führt und doch trotzdem 4000 kommunistische Stimmen abgibt. Bei der Besprechung dieser Beobachtungen erklärt Knickerbocker, diese Stimmen werden natürlich nicht deshalb abgegeben, weil diese Gemeinde ein Feind des Christentums ist, sondern weil sie mit der Abgabe kommunistischer Stimmzettel gegen die herrschende Regierungsweise protestieren will. Im vorigen Winter aber und auch schon bei der letzten Reichstagswahl regierte das Kabinett Brüning. Die Abgabe dieser kommunistischen Stimmen seitens intensiv gläubiger Christen war also ein Protest von Christen gegen die Regierungsweise eines Kabinetts, dessen tragende Parteien, nämlich das Zentrum und die Bayerische Volkspartei ihrem Programm nach auf christlicher Grundlage stehen.

Wenn man andere Stimmen aus dem nicht-katholischen Lager dazuhält, so wird heute die christliche Staats- und Soziallehre als solche auch innerhalb jener Kreise, die marxistisch wählen, vielfach nicht abgelehnt. Abgelehnt wird nur ein Regierungs- und Parteibetrieb, der aus seinem programmatischen Christentum nicht die erwarteten Folgerungen einer energischen Sozial- und Wirtschaftsreform zieht.

In vielen Gesprächen mit radikal linksstehenden Menschen haben wir die Grundzüge der Enzyklika Quadragesimo Anno dargelegt und regelmäßig die Antwort erhalten: „mit dieser Sozial- und Wirtschaftsreform wären wir vollständig zufrieden. Warum versuchen aber Ihre katholischen Parteien nicht, sie ernsthaft durchzuführen? Diese Frage müssen wir uns so mehr stellen, als ja der regierende Reichskanzler Brüning ein Zentrumsmann ist.“

Das war in der Tat die Frage, von deren Beantwortung das Schicksal Brüning's und die Machtstellung der katholischen Parteien in Deutschland abhing. Im letzten Ende konnten sie deswegen aus der Macht vertrieben werden, weil sie weder die Grundzüge der genannten Enzyklika durchzuführen versuchten, noch sonst etwas gegen das Wirtschaftsführertum zu unternehmen wag-

ten, aber um so mehr Opfer dem Arbeitnehmertum auferlegten. Wir haben oft auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Verwirklichung der Lehren der Enzyklika in Angriff zu nehmen.

Auf diese Frage werden wir wohl noch ein andermal zurückkommen. Hier müssen wir eine zweite Lehre des Falkensteiner Beispiels betonen: Es handelt sich in dieser Gemeinde nicht um Anhänger der katholischen Parteien, ja nicht einmal um Katholiken. Wir sagten nun oben: Nicht nur innerhalb sondern auch außerhalb des katholischen Volksteils Deutschlands lehnten sich die Menschen wieder nach einer unbedingten Politik der Grundsätze. Wonach sich diese Falkensteiner früheren Anhänger von Marx Holz lehnten, ist eine unbedingte Durchführung der christlichen Grundzüge auf sozialem, politischem und religiösem Gebiet. Auf letzterem, wo sie trotz ihrer Not noch am freiesten sind, haben sie dieses unbedingte Christentum, so wie es ihnen nahegebracht wurde, bereits durchgeführt. Im anderen warten sie unter Protest.

Man sieht: Bis tief in die Reihen des Kommunismus hinein hätte eine entschlossene Führung des Blocks der rechtlich Denkenden und der praktischen — nicht nur theoretischen — Vertretung eines sozial und wirtschaftlich unbedingten Christentums eine ungeheuerere Werbemöglichkeit gehabt. Wir beteiligen uns seit dem Jahre 1902 aktiv an der Politik und haben gerade wieder durch unsere Zeitung vertrauensvolle Beziehungen zu allen Volksteilen. Wir schätzen, daß es leicht gewesen wäre, eine Majorität für diesen Block zu gewinnen, wenn Brüning mit der absoluten Unbedingtheit der von ihm programmatisch bekannten Grundsätze die Führung übernommen und die Agitation durchgeführt hätte.

Wir sind ferner der Ueberzeugung, daß Reichspräsident v. Hindenburg es dann auch nicht unterlassen hätte, dieser verfassungstreuen Mehrheit den Auftrag zur Regierungsbildung selbst zu geben.

Schon in einer der letzten Nummern vor der Reichstagswahl haben wir unserem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die Führung der katholischen politischen Parteien und insbesondere Dr. Brüning sich nicht entschließen konnte, diesen Weg zu beschreiten und damit eine nicht nur neue, sondern auch aufbauende Bewegung in unser Volk zu bringen.

Das Ergebnis ersten Nachdenkens: Diese Politik ist untragbar

In der vierwöchentlichen Zeit unseres Verbots, das direkt nach der Reichstagswahl eintrat, hatten wir Zeit und Ruhe, uns jene Politik zu überlegen, die auf Grund des Ergebnisses dieser Reichstagswahl von den Führern der katholischen Parteien eingeleitet wurde und an der sich schließlich auch Dr. Brüning und die Bayerische Volkspartei mit einer öffentlichen Erklärung beteiligten.

Wir haben immer von neuem erwogen, ob dieser Politik der Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Hitlerpartei nicht irgendeine Seite abgenommen werden könnte, die sie vom Standpunkt unserer Weltanschauung aus als erträglich erscheinen ließe. Es war uns gar nicht recht, daß diese Ueberlegungen — ich spreche hier für die Gesamtedition — immer wieder zu dem gleichen Ergebnis führten, diese Politik der Verhandlungen sei weder ihrer Tatsache noch ihren Zielen nach für uns tragbar.

So groß unsere Freude gewesen war, als die Möglichkeit eintrat, mit dem „Geraden Weg“ die Politik der katholischen Parteiführungen zu unterstützen, so groß war unser Schmerz über dieses ablehnende Ergebnis unserer Ueberlegung. Es macht uns wahrlich keine Freude, der Politik von Volksgenossen entgegenzutreten zu müssen, mit denen wir uns religiös verbunden fühlen. Aber „Amicus Plato, magis amica veritas“. Lieb ist

uns der Führer Brüning und die anderen Führer katholischer Parteien, lieber sind uns unsere katholischen Grundsätze. Und so haben wir uns bereits in der vorigen Nummer entschlossen, unserer ablehnenden Stellungnahme deutlich Ausdruck zu geben, auch wenn wir dabei uns gleichzeitig verpflichtet hielten, alle Gründe beizubringen, die zur Entschuldigung der von uns für zureichend erachteten neuen politischen Richtung der heutigen Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angeführt werden konnten.

Das Ergebnis unserer Ueberlegungen war kurz gefaßt das, daß wir die jetzige Politik der Parteiführung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei weder der Logik noch der politischen Erfahrung noch erst recht den katholischen Grundsätzen nach zu verstehen vermögen.

Wenn man nun aber vor der Tatsache steht, daß man politische Maßnahmen erwachsener, also lebenserfahrener und öffentlich anerkannter Menschen nicht mehr versteht, hat man sich nach den Gründen zu fragen. Es kann ja sehr gut sein, daß diese Unmöglichkeit des Verstehens darin ihren Grund hat, daß wir innerhalb der 4 Verbotswochen eine Verminderung unserer Denkfähigkeit erlitten haben. Die daraus sich ergebende Frage haben wir uns um so mehr vorzulegen, als in der letzten Zeit in Deutschland auch sonst vieles politisch geschehen und geredet worden